

## „Souverän“ – mit allen Einschränkungen

Alles bleibt wie es ist — Skeptisches Weltecho

Berlin (Eigenbericht). Die Übertragung der „Souveränität“ an das Pankower Regime durch Moskau ist in aller Welt als das aufgefaßt worden, was sie ist: Fortsetzung der alten Abhängigkeit von Moskau unter anderem Vorzeichen. Der SED-Parteitag, der zur Zeit im Ostberliner Zentralviehhof über die Bühne geht, ist der deutlichste Beweis dafür.

Dort wird gerade die völlige Angleichung der Staats- und Parteimaschinerie der Sowjetzone an das „sowjetische Vorbild“ vollzogen. Die sowjetischen Würdenträger sitzen wie immer auf ihren Ehrenplätzen, man klatscht nach Sowjet-Manier im Takt und beschließt einstimmig das, was die Sowjets befehlen haben. Jeder Delegierte weiß genau, daß von „Entschlüssen nach eigenem Ermessen über die inneren und äußeren Angelegenheiten der DDR“ hier nicht die Rede sein kann.

In Bonn wurde die neue „Souveränität“ der Sowjetzonen-Regierung in einer ersten Stellungnahme als „Titular-Souveränität“ bezeichnet. Die Sowjetzonenrepublik sei nach wie vor in jeder Beziehung vom Kreml abhängig. Die Bundesregierung kündigte eine ausführliche Stellungnahme an, die nach genauer Prüfung aller Einzelheiten abgegeben werden soll.

In den Kommentaren der Weltpresse wird vor allem darauf hingewiesen, daß die sowjetischen Besatzungstruppen im Lande bleiben und Moskau sich alle Besatzungsrechte weiterhin vorbehalten hat.

Schon auf der Viererkonferenz wurde deutlich, daß Molotow alles zur Stabilisierung des sowjetzonalen Regimes unternahm. Die neue Erklärung aus Moskau führt diese Politik weiter. Es ist gelinde gesagt unverständlich, wenn Moskau jetzt seine äußerliche Bereitschaft zu einer gewissen DDR-Souveräni-

tät mit dem Argument zu begründen sucht, daß sie der Wiedervereinigung Deutschlands dienen soll. Molotow weiß genau, nichts ist der Wiedervereinigung so hinderlich und niemand stemmt sich aus purem Selbstinteresse so entschieden gegen die Wiedervereinigung, wie die SED-Potentaten der Pankower Regierung, die der Sowjetzone gewaltsam ihren politischen Stempel aufprägen. Je mehr die Sowjets versuchen, dieses Regime mit angeblicher Selbstständigkeit salonfähig zu machen, um so mehr tragen sie praktisch bei zur Vertiefung der Spaltung.

Was man von der Erklärung der UdSSR zu halten hat, sie würde künftig die DDR wie jeden anderen souveränen Staat behandeln, braucht im Hinblick

auf die anderen Ostblockstaaten nicht weiter erörtert zu werden. Moskau möchte offensichtlich durch diesen neuen Schritt vermeiden, künftig in den schwierigen sowjetzonalen Fragen noch als zuständig angesprochen zu werden. Die Briefe der westlichen Oberkommissare an Semjonow zur Verbesserung der Interzonen-Probleme waren den Sowjets mehr als unangenehm. Ihre eigentliche und bleibende Verantwortung für die Zone soll formal auf die DDR-Regierung übertragen werden — äußerlich, wie gesagt, doch das sowjetische Tonangeben bleibt, wenn auch künftig nur hörbar hinter den verschlossenen Türen der sowjetzonalen Regierungsfunktionäre. Es bleibt alles im Geiste des alten Potsdamer Abkommens. Solange für den sowjetzonalen Raum keine Regierung besteht, die, aus ordentlichen Wahlen hervorgegangen, dem Volkswillen entspricht, kann die Sowjetunion nicht mit einem positiven Widerhall auf derartige Erklärungen rechnen.

## KPD bereitet Untergrund vor

Bonn (AP). Die Kommunistische Partei in Westdeutschland hat alle Vorbereitungen für ein mögliches Untertauchen in die Illegalität getroffen, verlautet von zuständiger Seite in Bonn. Nach der Wahlniederlage im September sei die KPD zu einer straffen Kaderorganisation umgebildet worden, der zur Zeit etwa 80 000 Mitglieder angehörten.

Im Zuge eines Umtauschs der Mitgliedsbücher habe man alle „unsicheren Kantonisten“ ausgesiebt. Offenbar wolle sich die KPD in Zukunft auf die verlässlichen „Kader“ stützen und

die Breitenarbeit der Propaganda durch ihre Tarnorganisationen betreiben lassen, deren Zahl auf über 300 angewachsen sei. Die erkannten Tarnorganisationen würden allerdings ständig beobachtet.

Für ihre Propagandarbeit erhält die KPD nach Angaben der Bonner Stellen weiterhin ständig hohe Zuschüsse aus der Sowjetzone. Im vergangenen Jahr seien ihr allein 22,5 Mill. DM West in bar von Pankow zur Verfügung gestellt worden. Dazu komme noch Propaganda- und Büromaterial, das illegal über die Zonengrenze geschleust werde. (Siehe auch S. 2.)

## SED-Parteitag

Auf ihrem traditionellen Parteitagsgelände, dem Ostberliner Zentralviehhof, haben sich die Delegierten der SED versammelt. Mit einem Parteitag im demokratischen Sinne hat ihre ideologische Frühlingsfeier wenig gemeinsam. Dafür dürfte aus den Haupt- und Nebengeräuschen unschwer der Pfiff herauszuhören sein, nach dem das Pankower Regierungs-Ensemble in der nächsten Zeit zu tanzen hat. Der Verlauf der einzelnen Bezirks-Delegiertenkonferenzen deutet bereits an, wie sich der Übergang vom „neuen“ zum neuesten Kurs vollziehen wird.

Überall wurden Reden über die „Festigung der DDR als Arbeiter- und Bauernmacht“ gehalten, und fast überall wurden sie unterstrichen durch das Auftreten bewaffneter Friedenskrieger der kasernierten Volkspolizei. Neben die üblichen „nationalen“ Phrasen trat immer stärker die Erinnerung an die „revolutionären Traditionen“. Kein Zweifel: Die Sowjetzonen-Republik soll endgültig zu einer Bastion des militanten Kommunismus ausgebaut werden. Von dieser Basis aus will die SED anscheinend einen aufgelockerten Stellungskrieg gegen Westberlin mit regelmäßigen Verwirrungsvorstößen und starkem, propagandistischem Trommelfeuer führen.

Der Aufgabe einer bolschewistischen Konsolidierung der sowjetzonalen „Heimatfront“ wird sich in verstärktem Maße Walter Ulbricht widmen. Sein Amt als Stufenältester in Pankow wird er niederlegen, um als Parteidiktator die Genossen im Kabinett um so sicherer zu dirigieren. Zu beneiden ist er indessen nicht. Belastet mit der Hypothek des 17. Juni, die er nur tragen kann, weil ihm die Besatzungsmacht ihre Bajonette als Krücken zur Verfügung gestellt hat, dürfte es ihm schwerfallen, die geforderten volksdemokratischen Erfolge zu erzielen. Die lange Liste der „Mängel und Schwächen“, mit denen sich bereits die Bezirksdelegierten-Konferenzen zu befassen hatten, spricht eine zu deutliche Sprache. Die Produktion funktioniert so wenig wie je, und während die Arbeiter

in den Betrieben zum Teil ganz offen die Forderung nach freien Wahlen erheben, fällt die Partei selbst von einem ideologischen Schüttelfrost in das andere Säuberungsfeber.

Der ganze Parteitag wäre unter diesen Umständen nichts als eine lächerliche Komödie, wenn nicht 18 Millionen Menschen in der Zone tagtäglich seine bitteren Folgen tragen müßten. Sie werden in der

nächsten Zeit die Hilfe und die Solidarität des Westens dringender benötigen denn je. Die SED bezeichnete ihren vierten Parteitag schon im voraus als einen „Markstein der deutschen Geschichte“. Das könnte er auch für den Westen werden, wenn er als Anruf und Mahnung wirkte. Es gilt, den Krenl zu der Einsicht zu bringen, daß mit Herrn Ulbricht in Deutschland kein Staat zu machen ist.

## KP-Vorbereitungen

Maske und Gesicht des Kommunismus werden heute durch zwei politische Nachrichten gekennzeichnet. Während im Ostsektor der Erzkommunist, Stalinpreisträger, SED-Dichter und DDR-Kulturminister J. R. Becher alle „friedliebenden humanistischen Künstler und Intellektuellen“ Deutschlands zum internationalen Kulturaustausch und -verkehr auffordert, kommt aus Bonn eine detaillierte Darstellung über Maßnahmen der KPD zur Vorbereitung der Illegalität.

Das kommunistische Weiterwirken in Deutschland stellt sich Moskau demnach so vor: In Westdeutschland soll eine „Kampfelite“ von mehrfach gesiebten und linientreuen Funktionären bestehenbleiben, zumal die Wahlen im Bundesgebiet ohnehin gezeigt haben, daß die KPD als öffentlich auftretende Partei mangels Masse längst erledigt ist und sich eine Schlappe nach der anderen holt. Diese straffe Kaderorganisation soll „für alle Fälle“ vorhanden sein und auf direkte östliche Anweisung Vorbereitungen treffen, die legal eben nicht zu verwirklichen sind. Gleichzeitig sollen von der Sowjetzone aus unter kulturellem Deckmantel ein guter Wille und eine Humanität vorgetauscht werden, womit man vor allem auf labile Intellektuelle und politisch infantile Künstler einzuwirken versucht.

Diesen kommunistischen Präparationen braucht keineswegs eine besondere Bedeutung beigemessen zu werden. Die KPD hat ihren Nimbus als Bürger-schreck verloren, und daß sie ihn nicht neu durch illegale Aktivität erwerben kann, dafür dürfte die polizeiliche Abwehr sorgen. Der Bechersche Kulturaustausch aber ist vollends eine nicht zu realisierende Planung: weil die DDR nicht mit Kulturgütern und kulturellen Persönlichkeiten versehen ist, die man als erfolgversprechende Kunden der Humanität nach Westen auf die Reise schicken könnte.

Wer will sich schon im Westen die DEFA-Streifen ansehen! Wer will sich dort schon an der Politikultur und Proletkunst der Becher, Kuba und Hermlin deklektieren! Es scheint vielmehr, als habe Becher sein Kulturfeuer nur deshalb so pausbackig angeblasen, weil er mit den Seinen nicht auf dem SED-Parteitag der Passivität bezichtigt werden will.

An der ehrlichen Absicht all dieser großangelegten Kulturaustauschaktionen muß jeder Klardenkende mindestens so lange zweifeln, bis jene gesamtdeutschen Notwendigkeiten von östlicher Seite erfüllt werden, die viel vordringlicher und nahe-liegender sind. Und die zudem durch sachliche Beratung von Fachleuten bei Einwilligung Semjonows am schnellsten zu verwirklichen wären: An erster Stelle der völlig ungehinderte und völlig freie Verkehr aller deutschen Menschen untereinander und nicht nur der von Pankow anerkannten sogenannten Kulturschaffenden.

## Keine Lizenz

Berlin (Eigenmeldung). Ein Antrag des sowjetzonalen Ministeriums für Schwerindustrie, die Herstellung von Ersatzteilen für die sowjetischen Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen bei den Fabriken der Sowjetzone in Lizenz nehmen zu können, wurde von der Wirtschaftsabteilung der sowjetischen Oberkommission abgelehnt.

## Freiheitskundgebung am 1. Mai

Berlin (DPA). Als Redner für die diesjährige Freiheitskundgebung am 1. Mai hat das Berliner Mai-Komitee 1954 nach Mitteilung des DGB-Pressedienstes Bundesminister Jakob Kaiser, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Suhr, und den Berliner DGB-Vorsitzenden Ernst Scharnowski vorgesehen, DAG, SPD, CDU und FDP haben nach der Mitteilung zugestimmt, die Mai-Kundgebung als Freiheitskundgebung wieder auf dem Platz der Republik zu veranstalten.

## Gefälschte Erklärungen

Berlin (DPA). Die SED bemüht sich, nach Mitteilung der Berliner SPD, in verstärktem Maße, mit Sozialdemokraten, die in Ostberliner Betrieben arbeiten, Gespräche zu führen, um sie zu Äußerungen und Unterschriften gegen die EVG zu veranlassen. Die SPD erklärt hierzu: „Für Sozialdemokraten sind Angehörige einer Partei, die seit Jahren eine feberhafte Aufrüstung betreibt, keine Gesprächspartner über den EVG-Vertrag.“ Die Erklärungen von „Sozialdemokraten“, die in der Sowjetzonenpresse veröffentlicht wurden, seien in fast allen Fällen gefälscht.

## Abgeblitzt

Frankfurt a. M. (DPA). Der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Kolb lehnte es ab, den SED-Oberbürgermeister von Frankfurt a. d. Oder, Erwin Hinze, zu empfangen. Hinze hält sich auf Einladung des von der Sowjetzone aus gesteuerten „Bundes der Deutschen“ in Frankfurt a. M. auf. Er will „Kontakte“ suchen.

## Kommunistenstiefel

Duisburg (DPA). Einen Heiterkeitserfolg erzielte der kommunistische Duisburger Ratshehr Schmitz, als er im Stadtparlament erklärte: „Wo der Kommunistenstiefel auftritt, kann sich kein freies Gemeindeleben entfalten.“ Er hätte Kommunistenstiefel sagen wollen.

## Pankow prahlt mit Wehrmacht

Erste offizielle Erklärung - Friedensparolen und Karabiner

Berlin (Eigenbericht). „Ja — es gibt in der Deutschen Demokratischen Republik bewaffnete Kräfte — die deutsche Volkspolizei.“ Mit dieser Erklärung im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, um die sich eine ausführliche Darstellung über „Die bewaffnete Macht der DDR“ rankt, wird jetzt erstmalig offiziell das Vorhandensein von deutschem Militär in der Sowjetzone zugegeben.

Gleichzeitig wird der Versuch unternommen, die Existenz des sowjetzonalen Militärs im Rahmen der Kasernierten Volkspolizei (KVP) zu rechtfertigen. Das Militär der Sowjetzone wird dem Militär der Bundesrepublik gegenübergestellt — wobei bewußt übersehen wird, daß dieses im Westen noch gar nicht vorhanden ist. Trotzdem wird das imaginäre Westheer phantasiereich als Neuauflage der alten Angriffs- und Naziwehrmacht bezeichnet, als Wiederauferstehung des menschenschindenden Militarismus, während demgegenüber das „Volksheer“ der Zone insofern eine un-militaristische, ideal-begeisterte Institution sei, als sein Führungskorps „über 80 Prozent aus

Arbeitern und Bauern besteht“. Denn nach Lenin komme es eben darauf an, wer die Gewehre in den Händen hält; und in Händen der Vopo, die im Geiste der Dankbarkeit gegenüber der als alleiniges Vorbild geltenden Roten Armee erzogen sei, werden selbst scharfgeladene Gewehre eine friedliche Angelegenheit...

Die verstärkte Militärwerbung und beabsichtigte Massenrekrutierung in der Sowjetzone macht ein weiteres Verheimlichen der bereits seit Jahren bestehenden sowjetzonalen Streitkräfte unmöglich. Noch während der Viererkonferenz war es Molotow, der „so tat“, als sei die Zone entmilitarisiert. Jetzt sieht man sich gezwungen, den ohnehin längst durchlöchernten Schleier vor dem Militärgeheimnis Pankows fallen zu lassen — während im gleichen Augenblick die Kulturabteilung Pankows unter J. R. Becher in humanistischem Antimilitarismus überschäumt. Man sieht sich auch zu dieser Veröffentlichung über die KVP gezwungen, weil selbst unter den alten KP-Genossen Erregung herrscht über die Reaktivierung zahlreicher „Hitler-Offiziere“ in der KVP.

## Erfolgreiche Reise Adenauers

Herzliche Aufnahme in Griechenland und der Türkei

Bonn (AP/DPA). „Diese Reise war für Deutschland ein politischer Erfolg“, sagte Adenauer, als der Bundeskanzler jetzt von seiner fast dreiwöchigen Reise nach Paris, Athen, Ankara und Rom wieder in Bonn eintraf. „Wir Deutschen sind überall in Griechenland und der Türkei mit sehr warmer und herzlicher Freundschaft aufgenommen worden, daß wir darüber tief ergriffen gewesen sind.“

Hälfte der nächsten Woche die Ratifikationsgesetze zu den Verträgen unterschreiben.

Das Wehrgesetz tritt heute mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft. Damit werden die Bestimmungen über die Vereinbarkeit der deutsch-alliierten Verträge mit dem Grundgesetz wirksam.

## EVG-Kontingent

## Wehrgesetz in Kraft

Bonn (Eigenmeldung/DPA). Das Verfahren zur Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge durch die Bundesrepublik steht kurz vor seinem Abschluß. Bundespräsident Heuss hat am Freitag das Wehrgesetz unterzeichnet. Er wird voraussichtlich in der ersten

Halbte der nächsten Woche die Ratifikationsgesetze zu den Verträgen unterschreiben. Das Wehrgesetz tritt heute mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft. Damit werden die Bestimmungen über die Vereinbarkeit der deutsch-alliierten Verträge mit dem Grundgesetz wirksam.

## Geflüchtet, desertiert, aufgefliegen

### Kleine Streiflichter aus dem Friedenslager

Paris (AP). Zur französischen Polizei und damit in die Freiheit rannte der 31jährige rumänische Sportler Luigi Dimitru, der am Donnerstag von dem Pariser Flughafen Le Bourget mit einem Flugzeug in seine Heimat zurückkehren sollte.

Dimitru wartete im Flughafengebäude mit 19 anderen Sportlern aus den Ostblockländern, die an einem von den französischen Kommunisten veranstalteten Langstreckenlauf teilgenommen hatten, auf die Maschine. Als der Lautsprecher die Sportler zum Einsteigen aufforderte, rannte er in die Wachstube der Flughafenpolizei und ersuchte um Asyl als politischer Flüchtling.

Wien (AP). Die amerikanischen Militärbehörden in Österreich haben dem 26jährigen sowjetischen Oberleutnant Wojakin als politischen Flüchtling Asyl gewährt.

Wojakin, der einem sowjetischen Schützenregiment angehörte, war am 6. März bei Linz über die Donau gekommen und hatte bei der amerikanischen Militärpolizei um Unterstützung gebeten. Er erklärte, er sei mit der Politik der sowjetischen Regierung nicht einverstanden. Ein sowjetischer Antrag auf seine Auslieferung wurde abge-

lehnt. Nach Angaben amerikanischer Beamter nimmt die Zahl der Sowjets, die desertierten, zu.

Paris (DPA). In der südfranzösischen Stadt Pau hat die Polizei überraschend vier Spanier verhaftet, die dem Hauptquartier einer kommunistischen Geheimorganisation angehören. Gleichzeitig beschlagnahmte die Polizei Mitgliederlisten der Organisation.

Foggia, Italien (AP). Die italienische Polizei hat einen kommunistischen Spionagering ausgehoben, der für die Tschechoslowakei Informationen über die Vorgänge auf dem alliierten Militärflughafen Foggia sammelte. Bereits zehn Mitglieder des Rings sind festgenommen worden. Mit weiteren Verhaftungen wird gerechnet.

## Plakatkrieg in Österreich

Wien (AP). Die österreichische Regierung hat beschlossen, den „Plakatkrieg“ mit den sowjetischen Besatzungsbehörden vor den Alliierten Rat zu bringen. Der Beschluß erfolgte, nachdem die Sowjets vorübergehend einen österreichischen Gendarmerie-Kommandeur festgenommen hatten, der sich weigerte, ein von der österreichischen Regierung in allen Besatzungszonen angebrachtes Plakat über die Berliner Außenministerkonferenz zu entfernen. Auf diesem Plakat steht unter einem Bild des sowjetischen Außenministers groß das Wort „Njet“. Die österreichische Regierung betont, daß das Plakat weder gegen die österreichischen Gesetze noch gegen die Bestimmungen der Kontrollkommission verstößt. Die Sowjets hatten die Entfernung der Plakate verlangt.

## US-Atomrüstung wird gesteigert

### Rekordetat für Atomwaffen

Washington (AP/DPA). Die amerikanische Atomenergie-Kommission hat auf Ersuchen des Verteidigungsministeriums beschlossen, die Produktion von Wasserstoffbomben und anderen Atomwaffen weiter zu erhöhen. Für das kommende Jahr forderte die Kommission 1,32

Mrd. Dollar (5,6 Mrd. DM) an. Der Bewilligungsausschuß des US - Repräsentantenhauses stimmte der Bereitstellung des Rekordbetrages von rund 1.06 Milliarden Dollar (über 4 Mrd. DM) für die Entwicklung neuer Wasserstoff- und Atomwaffen zu.

## Dulles: Vereintes Vorgehen

### Neue Warnung an Rotchina

Washington (AP/DPA). US-Außenminister Dulles hat sich für ein „vereintes Vorgehen“ der freien Welt zur Verhinderung einer kommunistischen Eroberung Indochinas und ganz Südostasiens ausgesprochen. „Das kann mit schwerwiegenden Risiken verbunden sein“, sagte er, „sie sind aber bei weitem geringer als jene, denen wir in ein paar Jahren gegenüberstehen werden, wenn wir heute keine entschlossene Haltung wagen.“ Eine Ausdehnung des Kommunismus dürfe nicht tatenlos hingenommen werden.

In einer grundlegenden und von Präsident Eisenhower ausdrücklich gutgeheißenen außenpolitischen Rede vor dem Aus-

landspressekongress in New York sagte Dulles, daß er die Haltung der USA zu Indochina und Rotchina klarlegen wolle, damit der Kommunismus im voraus wisse, „wohin seine Aggression ihn führen kann“.

Dulles erklärte weiter, daß die US-Regierung nicht die Absicht habe, Rotchina diplomatisch anzuerkennen oder für seine Aufnahme in die UN zu stimmen. Er hoffe, daß die Bäratung der Indochina-Frage in Genf dazu dienen werde, den Rotchinesen die Gefahren ihres offensichtlichen Wunsches nach Eroberung Südostasiens vor Augen zu führen, so daß sie von diesen Zielen Abstand nehmen.

## Wie die Sonne

New York (DPA). Die amerikanische Wasserstoffbombe detonierte auf dem Bikini-Atoll am 1. März mit einer Helligkeit, die der Sonne gleich kam. Dies berichten japanische Fischer als Augenzeugen in der neuesten Ausgabe der amerikanischen Zeitschrift „Life“.

Die Fischer waren bei der Explosion etwa 110 km vom Bikini-Atoll entfernt. Einer von ihnen sagte aus: „Wir sahen Feuerstrahlen so hell wie Sonnenstrahlen, die sich über dem Horizont erhoben und den Himmel blutrot und gelb färbten. Jemand rief: Sieh mal, wie komisch die Sonne aufgeht! Aber es konnte nicht die Sonne sein, denn es war im Westen. In diesem Augenblick empfand ich Furcht und dachte zum erstenmal an eine Atombombe.“

# Potsdam stellt „Arbeitslose“ her

## KP-„Besucher“ in sowjetzonalen Betrieben — Seltsame Delegationen

Seit einigen Monaten tauchen in den Großbetrieben der Zone regelmäßig „westdeutsche Arbeiterdelegationen“ auf, die sich angeblich über die Lage in der Sowjetzone informieren wollen. Nach den unvermeidlichen Betriebsbesichtigungen treten sie meist in Versammlungen und Kulturveranstaltungen auf und erzählen dort wahre Schauermärchen über das „Elend in der Bundesrepublik“. In mehreren Betrieben kam es bereits zu Zusammenstößen mit solchen „Besuchern“, die von den Arbeitern sehr rasch als kommunistische Provokateure erkannt worden sind.

Die seltsamen „westdeutschen Besucher“ werden von den KPD-Leitungen in der Bundesrepublik dem SED-Zentralkomitee genannt oder direkt von kommunistischen Organisationen der Zone angefordert. Es sind ausnahmslos KP-Mitglieder oder Angehörige von Tarnorganisationen, deren Personalien und politische Einstellung zuvor sehr genau überprüft worden sind.

Die meisten werden ohne viele Erklärungen zu einem vier- bis zwölfwöchigen „Lehrgang über Arbeiterfragen“ in die Zone geschickt. Die beauftragte KP- oder SED-Stelle bietet ihnen dafür freien Aufenthalt, Reisekosten, Tagelohn von 10 bis 30 Ostmark, Ersatz für Verdienstaufschlag und anschließend einen zwei- bis vierwöchigen Erholungsurlaub in einem FDGB-Ferienheim.

So versorgt, melden sich die westdeutschen Besucher zumeist in einer als Auffangstelle eingerichteten Villa in der Potsdamer Stalinallee. Erst hier teilt man ihnen den Ort der „Schulung“ und die Dauer des Lehrgangs mit. Nach zweitägigem Aufenthalt werden sie mit Omnibussen zu den einzelnen Lehrgängen gebracht. Solche Schulen befinden sich in Wustrow, Bad Freienwalde, Königs Wusterhausen und vielen anderen Orten; sie sind meist als FDGB- und „Nationale Front“-Schulen getarnt. Lehrplan: Fragen des Marxismus-Leninismus, Geschichte der KPdSU, Untergrundtaktik und Waffenausbildung. Ausbilder sind SED-Instrukteure und Offiziere der KVP.

### Fabrikbesuch als Bewährungsprobe

Zwischen Lehrgang und Erholungsaufenthalt liegen dann die „Rundreisen“ durch volke-

eigene Betriebe und Produktionsgenossenschaften. Sie gelten als „Bewährungsprobe“. Vom Lehrpersonal oder anderen SED-Instrukteuren begleitet, haben die Lehrgangsteilnehmer als „westdeutsche Arbeitslose“ aufzutreten und das „sozial gesicherte Leben“ der sowjetzonalen Arbeiter gebührend zu würdigen.

Da kommt z. B. eine „Delegation“ von zehn Lehrgangsteilnehmern in einen volkseigenen Betrieb. Sie schnüffelt an den Arbeitsplätzen herum und versucht, mit Arbeitern ins Gespräch zu kommen. Grundsätzlich wird alles bewundert: die Löhne, der Kulturraum, die Sanitätsstelle. Grundsätzlich ist alles viel schöner, größer und besser als in Westdeutschland.

Die „arbeitslosen“ Besucher berichten, ihre Familien müßten sich von wenigen Mark im Monat ernähren, die Kinder im Winter Lumpen um die Füße wickeln; weil man keine Schuhe kaufen kann. Ihr eigenes Aussehen steht dazu meist in krassem Gegensatz. Spricht man sie auf ihre gute und solide Kleidung an, kann man mitunter erfahren: „Alles erst hier in der HO gekauft!“ Wo sich dieser HO-Laden befindet, erfahren die Arbeiter, die das auch gern hätten, leider nicht.

Gefährlich wird es, wenn die Diskussion auf den 17. Juni, Gewerkschaftsfragen und Streikrecht kommt. Spätestens hier erfahren die Arbeiter, woher die Besucher kommen. Sie erhalten eine marxistische Vorlesung, wie sie ihnen oft nicht einmal der Parteisekretär nach der neuesten Linie geben kann. Das Verhalten der Besucher in diesen Diskussionen gilt für die begleitenden SED-Instrukteure nicht zuletzt als Lehrgangszensur.

Gewöhnlich wissen die Arbeiter, welche Art „Besucher“ der Staat in die Betriebe läßt, und sind sehr vorsichtig in ihren Äußerungen. Läuft einem jedoch einmal die Galle über, nimmt er sich solchen Mann zur Seite, um ihm ganz unter vier Augen die Wahrheit zu sagen, wird er spätestens 24 Stunden später zum Parteibüro zitiert.

Die SED holt monatlich etwa 3000 bis 4000 Kommunisten aus der Bundesrepublik zu Schulungen in die Zone. Einige von ihnen haben nach kurzem Aufenthalt genug und kommen nicht selten als Antikommunisten zurück. Hier dienen die Betriebsbesichtigungen als wertvolle Überprüfung für die SED. Erst wenn sich der westdeutsche Kommunist in der Diskussion offen gegen die sowjetzonalen Arbeiter stellt, traut ihm die Partei, Betätigt er sich darüber hinaus als Spitzel, hat er seine Gesellenprüfung für künftige Untergrundarbeit gemacht.

### Legalisierter Parteiverkehr

Die SED braucht Nachwuchs für die im vergangenen Herbst zerschlagenen KP-Tarnorganisationen. Eine derartige Einschleusungskampagne, wie sie jetzt seit Monaten läuft, wird aber von den Bundesorganen genau beobachtet. Deshalb schlug Ulbricht auf der Berliner SED-Konferenz zum Parteitag kürzlich einen „Austausch gesamtdeutscher Arbeiterdelegationen“ vor. Er möchte damit seinen „innerparteilichen Kurierverkehr“ und die Ausbildung von Kadern für spätere Untergrundarbeit legalisieren.

Eine seltsame Forderung ist das, denn die SED hätte ja die Möglichkeit, durch sofortige und von den westlichen Oberkommissaren erneut geforderte Beseitigung der Reiseschwierigkeiten westdeutschen Arbeitern den Besuch sowjetzonaler Betriebe zu gestatten und den Arbeitern der Zone Gelegenheit zu besuchen in Westdeutschland zu geben. Dann würden allerdings nicht nur KP-Funktionäre reisen. Und gerade das wäre der Staatspartei sehr unangenehm...

## Große Pläne — aber kein Saatgut

Saatkartoffeln fehlen — Als EBkartoffeln verkauft

Berlin (Eigenmeldung). Auf einer internen Besprechung im sowjetzonalen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ist festgestellt worden, daß die in der Zone vorhandenen Mengen von Saatkartoffeln für die ordnungsgemäße Bestellung der im Plan vorgesehenen 859 000 ha Ackerfläche bei weitem nicht ausreichen. Die dafür erforderlichen 2 063 000 t Saatgut sind weder bei den Bauern noch bei der Saatgut-Verteilungsstelle vorhanden. Selbst wenn man zu den Saatgut-Beständen noch EB- und Futterkartoffeln hinzunimmt, die im Herbst wenig Ertrag bringen, können nur 70 Prozent der vorgesehenen Fläche bestellt werden.

Im Spätherbst 1953 hatten die staatlichen Erfassungsorgane bei allen Bauern, die ihr Ablieferungsoll an EBkartoffeln nicht erfüllt hatten, rücksichtslos die Saatgutbestände beschlagnahmt und in größeren Mengen als Einkellerungskar-

toffeln an die Bevölkerung verkauft. Der Mangel an Saatkartoffeln ist deshalb in diesem Frühjahr größer als in allen vorhergehenden Jahren.

SED-Kommissionen sollen jetzt alle Kartoffelbestände bei den Bauern prüfen und auf den Dörfern bekanntgeben, daß keinerlei Aussicht besteht, vom Staat Saatkartoffeln zu bekommen. Jeder Bauer sei jedoch für die Kartoffelaussaat auf seinen Feldern persönlich verantwortlich.

## Der Widerstand nimmt zu

Frankfurt a. d. O. (DPA). Die Forderungen nach einer Revision der Oder-Neiße-Linie und nach Einführung der freien Wirtschaft würden unter der ländlichen Bevölkerung des Bezirkes Frankfurt a. d. O. immer lauter, so steht der Vorsitzende des Bezirksausschusses der „Nationalen Front“, Grüneberg, im SED-Organ „Neuer Tag“. Er

zählt eine Reihe von Orten auf, in denen zahlreiche Einwohner sich gegen die Oder-Neiße-Linie ausgesprochen hätten.

## Bojen vor Usedom

Stralsund (Eigenmeldung). In den Gewässern östlich der Insel Rügen soll in Höhe der Insel Usedom die Grenzlinie der Hoheitsgewässer an der sowjetzonalen Ostseeküste durch Warnbojen besser gekennzeichnet werden. Seit Jahren hatte es ständig Streitigkeiten mit den polnischen Küstenschutzfahrzeugen gegeben. Hierbei wurden insgesamt 24 Fischereifahrzeuge der Sowjetzone von den polnischen Behörden nach Stettin eingeschleppt.

## Streckenpläne an Polen

Berlin (Eigenmeldung). Wie das sowjetzonale Eisenbahnministerium angeordnet hat, müssen alle noch im Besitz der sowjetzonalen Eisenbahndienststellen befindlichen Unterlagen über das Eisenbahnnetz jenseits der Oder-Neiße-Linie unverzüglich an die polnische Staatsbahn abgegeben werden.

## Medikamente fehlen

Berlin (Eigenmeldung). In der Sowjetzone macht sich erneut ein empfindlicher Mangel an Medikamenten bemerkbar. Mehrere Krankenhäuser und Polikliniken haben sich hilfesuchend an die Gesundheitsbehörden der Sowjetzone gewandt und um sofortige Importe, besonders aus dem Westen, gebeten.

## Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

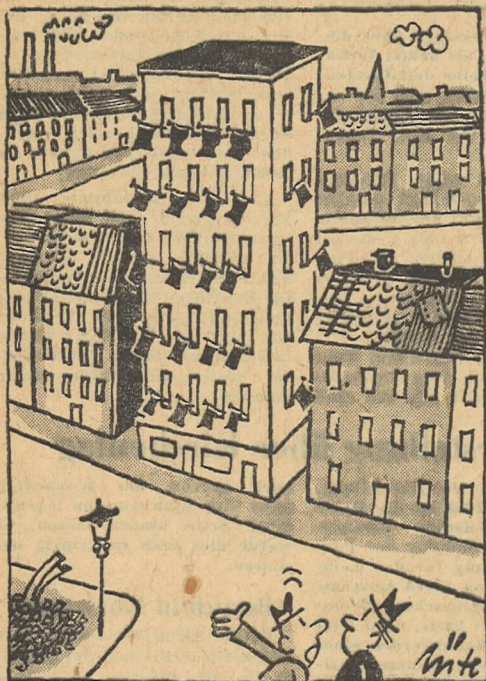
1. Ploch, Paul, etwa 63 Jahre alt, früher wohnhaft in Bossow, Kr. Güstrow, zuletzt wohnhaft in Güstrow, Mitglied der KPD/SED, Bürgermeister in Bossow gewesen, zuletzt Hausmeister bei der Stadtverwaltung Güstrow.
2. Pionke, Ewald, etwa 50 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Zirchow, Kr. Rügen, Mitglied der SED gewesen, SED-Funktionär gewesen, zuletzt tätig gewesen am Amtsgericht Bergen. Ist verdächtig der Zuträgerdienste für den SSD.
3. Pollut, etwa 56 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Dömitz, Kr. Ludwigslust, Roggenfelderstraße 33, Mitglied der SED und SED-Funktionär, zuletzt Leiter der Außenstelle Dömitz des Arbeitsamtes Ludwigslust gewesen.
4. Primus, etwa 51 Jahre alt, wohnhaft in Potsdam, tätig

beim Rat des Stadtbezirks II und BGL-Vorsitzender. War während der Westberliner Hilfsaktion „Lebensmittel für die Zone“ offensichtlich freiwilliger und eifriger Helfer der sogenannten staatlichen Kontrollorgane bei den Kontrollen der aus Richtung Westberlin ankommenden Reisenden auf dem Hauptbahnhof Potsdam.

5. Puhlmann, Willi, etwa 30 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Niemeck, Kr. Zauch-Belzig, Mitglied der SED, Instrukteur, zuletzt tätig gewesen beim Kreisamt als leitender Angestellter der Zentralbuchungsstelle.

6. Pusch, Heinz, wohnhaft in Dresden, Mitglied der SED und zuletzt in leitender Stellung im Vertragskontor, Referat Chemie, Abt. Kunststoff. Ist verdächtig des Kontaktes zur Kripo oder zum SSD.

## Ostberlin im Parteitags-Flaggenschmuck



„Jetzt sieht man ganz deutlich, wer die Neubauwohnungen bekommt, nur die Funktionäre!“

## Einfach gelöst

Große Aufregung im sowjetzonalen Eisenbahn-Ministerium: Eben ist die Meldung gekommen, daß eine neu erbaute Brücke eingestürzt und ein Zug in die Tiefe gestürzt ist. Es ist aber nicht angesagt worden, um welche Brücke es sich handelt. Wohin soll man nun die Rettungs-Kolonnen schicken?

„Das ist doch ganz klar — es handelt sich um die Brücke von XYZ“, meint gelassen Abteilungsleiter Müller.

„Warum denn?“

„Na, fünf neue Brücken haben wir nur. Und davon ist eine einzige von Aktivisten-Brigaden gebaut worden. Eben die in XYZ.“

Die Rettungskolonnen wurde sofort dorthin geschickt...

## Nur flüstern . . .

## Grundsätzlich nicht

Ein ausländischer Journalist schickte aus Moskau einen Brief an seine Redaktion. Zum Schluß schrieb er: „Hoffentlich kommt dieser Brief an, denn die sowjetische Zensur ist sehr streng.“

Einige Tage später bekam er den Brief zurück mit einem Vermerk: „Wegen unwahrer Behauptungen über die Sowjetunion nicht weitergeleitet. Die sowjetische Zensur öffnet grundsätzlich keine Briefe.“

## Eine gute Tat

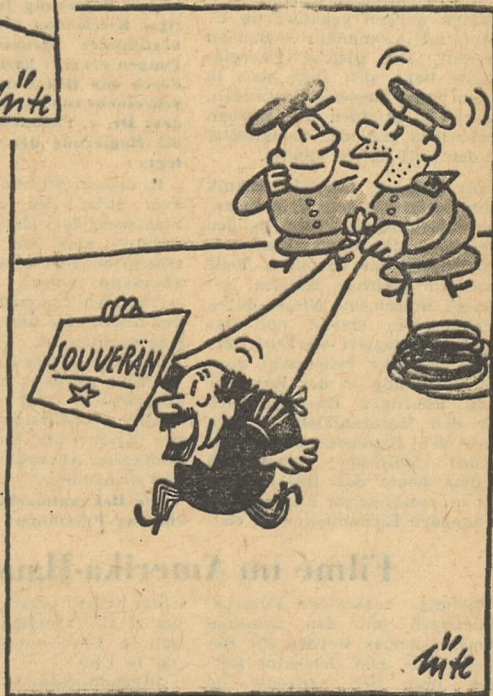
Die Jungen Pioniere der Klasse 3b haben sich verpflichtet, jeden Tag eine gute Tat zur Erhaltung des Friedens zu vollbringen.

„Nun, was hast du gestern getan?“ fragt der Lehrer Fritzenchen.

„Ich habe meinem Onkel ein Bein gestellt, da ist er hingefallen und hat sich den rechten Arm verrenkt!“

„Das ist doch keine gute Tat für den Frieden!“

„Aber natürlich. Mein Onkel ist doch Delegierter beim SED-Parteitag — und nun kann er nicht mitmachen, wenn die Resolutionen angenommen werden sollen!“



„Wollen mal ein bißchen mehr Leine geben!“

## Immer schneller — weiter — höher

### Die Entwicklung der Luftfahrt - Prinzip der Vereinfachung

Niemals zuvor ist es leichter gewesen, Voraussagen über die künftige Entwicklung der Luftfahrt zu machen, als heute. Wenn auch aus Gründen der militärischen Sicherheit keine detaillierten Angaben möglich sind, besteht doch kein Zweifel, daß wir in absehbarer Zeit Projekte besitzen werden, die innerhalb weniger Minuten jeden beliebigen Punkt auf der Erde genau ansteuern und sicher landen können.

Im November vergangenen Jahres stellte eine bemannte Douglas-Rakete vom Typ „Skyrocket“ einen neuen Geschwindigkeitsrekord auf, der dem der doppelten Schallgeschwindigkeit entspricht, und es gibt heute bereits zahlreiche unbemannte Raketen, die als Projektile doppelt so schnell fliegen wie die Skyrocket. Einer weiteren Steigerung der Geschwindigkeiten sind dabei praktisch keine Grenzen gesetzt. Und obgleich die US-Luftstreitkräfte die Idee der Weltraumfahrt nicht gerade unterstützen, so haben sie doch bereits einen Kursus für Raummedizin eingerichtet.

Von der amerikanischen Kriegsmarine werden gegenwärtig U-Boote mit Atommotor in Betrieb gestellt. Die gleiche Energiequelle ließe sich aber auch in einem Superflugzeug verwenden, das in 24 Stunden den Erdball umkreisen und sich monatelang in der Luft halten könnte.

Die gesamte Luftfahrttechnik wird heute von dem Prinzip der Vereinfachung bestimmt. Bei den modernen Maschinen sollen nach Möglichkeit die einzelnen Teile aus dem gleichen Material gefertigt, Bolzen und Nieten durch Klebemassen ersetzt und das Gewicht reduziert werden. Derselbe Gedanke beherrscht auch die Forschung in der Entwicklung künftiger Energiequellen für den Motorantrieb. Gestern noch der Explosionsmotor mit seinen zahllosen beweglichen Teilen, heute das Düsenaggregat in seiner schon klassisch zu nennenden Einfachheit und viel-

leicht morgen schon Raketenmotoren, die ohne Luft arbeiten können und nicht an bestimmte Höhen gebunden sind — das ist die steile Stufenleiter von Forschung und Technik, die sich schließlich noch ganz neuen, bisher nicht bekannten Energiequellen zuwenden werden.

Die moderne Forschung wendet heute schon ihre Aufmerksamkeit Motoren zu, die eine

Fortbewegung in die Atmosphäre mittels Elektrizität ermöglichen. Es handelt sich um einen Düsen-Raketen-Motor, der sich durch Ausstoßen von ionisierten Gasparkeln fortbewegt. Dieser sogenannte Ionenmotor verschwendet nach Erklärungen seines Erfinders überhaupt keine Energie mehr und erzielt gegenüber einer modernen Rakete die 500fache Massenleistung.

Auch die Behauptung einer Forschergruppe, mit einer Stufenrakete nach dem Mond fliegen zu können, gehört durchaus nicht ins Reich der Phantasie. Die Baukosten für ein derartiges Fahrzeug würden sich allerdings auf „nur“ vier Milliarden Dollar belaufen und damit den Kosten der ersten Atombombe nahekommen.

## Klarstellung über Kirchentag

Berlin (epd). Die Darstellung, als ob das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages die Zustimmung der Pankower Regierung für den Leipziger Kirchentag durch Annahme bestimmter politischer Bedingungen erkaufte hätte, wird jetzt durch das Bekanntwerden eines Schreibens von Kirchentagspräsident Dr. v. Thadden-Trieglaff an die Regierung der DDR widerlegt.

In diesem Schreiben, das nach dem Brief des Sowjetzonen-Staatssekretärs Geyer an Propst Grüber, aber vor der Unterredung mit Staatssekretär Hegen abgesandt wurde, erklärte Dr. v. Thadden-Trieglaff zu den von der Gegenseite hervorgehobenen staatspolitischen Voraussetzungen: „Der Kirchentag ist immer bestrebt gewesen, von dem unangebillbaren und verfassungsmäßig gewährleisteten Auftrag der Kirche her und nicht mit politischer Abzweckung zu reden und zu handeln.“

Die Bekanntmachung des Kirchentag-Präsidiums hebt u. a.

nach hervor, der Kirchentag habe sich noch nie von irgendeiner Seite binden lassen, er werde dies auch in Leipzig beweisen.

## Besuch in Norwegen

Berlin (Eigenmeldung). Der evangelische Bischof von Berlin, D. Dr. Otto Dibelius, wird Ende April auf Einladung des norwegischen Instituts für zwischenkirchliche Beziehungen Norwegen besuchen.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Buxenstein, GmbH.